

---

**1999****Ausgegeben zu Bonn am 25. Mai 1999****Nr. 13**

---

Tag	Inhalt	Seite
24. 3. 99	Bekanntmachung des deutsch-tansanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . . . .	386
12. 4. 99	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Straßburger Übereinkommens über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt (CLNI) . . . . .	388
12. 4. 99	Bekanntmachung der deutsch-schweizerischen Vereinbarung über Erleichterungen des Arbeitserlaubnisverfahrens . . . . .	390
13. 4. 99	Bekanntmachung der deutsch-srilankischen Vereinbarung zur Änderung des deutsch-srilankischen Abkommens vom 22. November 1982 über Finanzielle Zusammenarbeit . . . . .	392
13. 4. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen . . . . .	394
20. 4. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen . . . . .	395
20. 4. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten . . . . .	396
21. 4. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge	397
21. 4. 99	Bekanntmachung des deutsch-kamerunischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . . . .	398
23. 4. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen . . . . .	400
26. 4. 99	Bekanntmachung der Neufassung des Anhangs zu dem Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping . . . . .	400
26. 4. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen . . . . .	415
28. 4. 99	Bekanntmachung über eine Berichtigung der authentischen deutschen Fassung des Vertrags von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 . . . . .	416

---

**Bekanntmachung  
des deutsch-tansanischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 24. März 1999**

Das in Daressalam am 16. März 1999 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 5

am 16. März 1999

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. März 1999

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Bohnet

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania  
über Finanzielle Zusammenarbeit  
(DEG-Darlehn an die ULC United Leasing Company Tanzania Limited)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und

die Regierung der Vereinigten Republik Tansania –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Republik Tansania,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Vereinigten Republik Tansania beizutragen,

unter Bezugnahme auf Ziffer 4.6.1 des Protokolls der deutsch-tansanischen Regierungsverhandlungen vom 8. 6. 1994 –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln (nachstehend „DEG“ genannt) –, der ULC United Leasing Company Tanzania Ltd. (nachstehend „ULC“ genannt) ein beteiligungsähnliches Darlehn mit Wandlungsrecht in

Tanzania Shilling im Gegenwert von 4 000 000,- DM (in Worten: vier Millionen Deutsche Mark) zu gewähren.

(2) Für das in Absatz 1 genannte beteiligungsähnliche Darlehn stellt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der DEG einen Betrag in Höhe von 4 000 000,- DM (in Worten: vier Millionen Deutsche Mark) zur Verfügung.

(3) Falls sich das in Absatz 1 genannte beteiligungsähnliche Darlehn durch die Kapitalisierung von Zinsen erhöht oder, im Falle der Ausübung des Wandlungsrechts, ganz oder teilweise in eine Beteiligung gewandelt wird, so gelten die von der Regierung der Vereinigten Republik Tansania in diesem Vertrag übernommenen Garantien und Zusagen auch für das erhöhte beteiligungsähnliche Darlehn beziehungsweise die Beteiligung.

#### Artikel 2

Das in Artikel 1 genannte beteiligungsähnliche Darlehn der DEG wird nach Maßgabe eines zwischen der DEG und der ULC noch zu schließenden Finanzierungsvertrags bewirkt.

#### Artikel 3

(1) Die Regierung der Vereinigten Republik Tansania garantiert hinsichtlich des in Artikel 1 genannten beteiligungsähnlichen Darlehns die freie Einfuhr aller ausländischer Zahlungsmittel im Zusammenhang mit der Gewährung des beteiligungsähnlichen Darlehns sowie den freien Transfer der Rückzahlungen des beteiligungsähnlichen Darlehns und, im Falle einer vollständigen oder teilweisen Ausübung des Wandlungsrechts, den freien Transfer des Veräußerungs- oder Liquidationserlöses für die Beteiligung.

(2) Die Regierung der Vereinigten Republik Tansania verpflichtet sich im eigenen Namen und für die Zentralbank der Vereinig-

ten Republik Tansania, der ULC bei der Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen gegenüber der DEG keine Hindernisse in den Weg zu legen. In gleicher Weise werden die Regierung der Vereinigten Republik Tansania und die Zentralbank der Vereinigten Republik Tansania, im Falle der Wandlung in eine Beteiligung, der Zahlung eines Veräußerungserlöses an die DEG keine Hindernisse in den Weg legen.

(3) Die vertragschließenden Parteien sind sich darüber einig, daß etwaige Erträge aus dem in Artikel 1 genannten beteiligungsähnlichen Darlehn auf ein Sonderkonto bei der ULC abgeführt werden und entweder in weitere beteiligungsähnliche Darlehn zu wandeln oder für solche Vorhaben zu verwenden sind, die im Hinblick auf die Entwicklung der Wirtschaft in der Vereinigten Republik Tansania besonders qualifiziert erscheinen. DEG und ULC werden gemeinsam über die Verwendung dieser Erträge entscheiden.

(4) Die Regierung der Vereinigten Republik Tansania erteilt auf Antrag für das in Artikel 1 genannte beteiligungsähnliche Darlehn der DEG den „genehmigten Status“ nach den in der Vereinigten Republik Tansania geltenden Gesetzen.

#### Artikel 4

Die Regierung der Vereinigten Republik Tansania stellt die DEG von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit den in Artikel 1 genannten beteiligungsähnlichen Darlehn in der Vereinigten Republik Tansania erhoben werden.

#### Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Daressalam am 16. März 1999 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Burghart Nagel

Für die Regierung der Vereinigten Republik Tansania  
Raphael Mollel

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des Straßburger Übereinkommens  
über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt (CLNI)  
Vom 12. April 1999**

## I.

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 6. August 1998 zu dem Straßburger Übereinkommen vom 4. November 1988 über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt (CLNI) – BGBl. 1998 II S. 1643 – wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 17 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. Juli 1999  
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen und Vorbehalte

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunde ist am 9. März 1999 beim Generalsekretär der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt in Straßburg hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner nach seinem Artikel 17 Abs. 1 für

Luxemburg am 1. September 1997  
Niederlande am 1. September 1997  
Schweiz am 1. September 1997

jeweils nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen und Vorbehalte in Kraft getreten.

## II.

Bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunden wurden die nachstehenden Erklärungen und Vorbehalte abgegeben:

Deutschland am 9. März 1999:

- „1. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt gemäß Artikel 15 Abs. 2 des Übereinkommens, daß das Übereinkommen für alle deutschen Gewässer gilt.
2. Die Bundesrepublik Deutschland behält sich gemäß Artikel 18 Abs. 1 des Übereinkommens das Recht vor, die Bestimmungen des Übereinkommens ganz oder teilweise nicht auf die in Artikel 18 Abs. 1 Buchstaben a bis c genannten Ansprüche sowie auf die in Artikel 18 Abs. 1 Buchstaben d und e CLNI genannten Fahrzeuge anzuwenden.
3. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt nach Artikel 18 Abs. 2 des Übereinkommens, daß sie für Ansprüche aus einem Ereignis, das auf ihren Wasserstraßen eingetreten ist, die in Artikel 7 Abs. 1 Satz 2 Buchstaben a und b genannten Haftungshöchstbeträge nicht anwenden wird.“

Luxemburg am 5. Juli 1993:

*(Übersetzung)*

«La Convention ne s'applique cependant pas aux créances pour dommages dus au changement de la qualité physique, chimique ou biologique de l'eau, ni aux bateaux de sport et de plaisance ainsi qu'aux bateaux qui ne sont pas employés dans la navigation à des fins lucratives.

La Convention s'applique également aux parties navigables de la Sûre.

Dans les limites du paragraphe 2 de l'article 6 de la Convention, les créances pour dommages causés aux ouvrages d'art des ports, bassins, voies navigables, écluses, ponts et aides à la navigation disposent de la priorité par rapport aux autres créances.»

„Das Übereinkommen findet jedoch weder Anwendung auf Ansprüche wegen Schäden, die durch eine Änderung der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit des Wassers verursacht werden, noch auf Sport- und Vergnügungsschiffe sowie Schiffe, deren Verwendung zur Schifffahrt nicht des Erwerbs wegen erfolgt.

Das Übereinkommen gilt auch für die schiffbaren Abschnitte der Sauer.

Im Rahmen des Artikels 6 Absatz 2 des Übereinkommens genießen Ansprüche wegen Beschädigung von Hafenanlagen, Hafenbecken, Wasserstraßen, Schleusen, Brücken und Navigationshilfen Vorrang gegenüber anderen Ansprüchen.“

Die Niederlande am 16. April 1997:

(Übersetzung)

„De Minister van Buitenlandse Zaken van het Koninkrijk der Nederlanden, verklaart, overeenkomstig artikel 16, tweede lid, van het Verdrag van Straatsburg inzake de beperking van aansprakelijkheid in de binnenvaart (CLNI), dat op 4 november 1988 te Straatsburg tot stand kwam, dat het Koninkrijk der Nederlanden genoemd Verdrag aanvaardt voor Nederland en dat het aldus aanvaarde Verdrag zal worden nageleefd onder het voorbehoud, de toepassing van de regels van het Verdrag geheel uit te sluiten ten aanzien van:

- a) vorderingen voor schade, veroorzaakt door de wijziging van de fysische, chemische of biologische kwaliteit van het water, en
- b) vorderingen voor schade, veroorzaakt bij het vervoer van gevaarlijke stoffen door die stoffen,

in overeenstemming met artikel 18, eerste lid, onder a en b, van het Verdrag.

Het Koninkrijk der Nederlanden verklaart, in overeenstemming met artikel 15, tweede lid, van het Verdrag van Straatsburg inzake de beperking van aansprakelijkheid in de binnenvaart (CLNI), dat het Verdrag zal worden toegepast op alle Nederlandse binnenwateren.“

Die Schweiz am 21. Mai 1997:

(Übersetzung)

- «a) La Confédération suisse exclut l'application des règles de la Convention aux créances pour dommages dus au changement de la qualité physique, chimique ou biologique de l'eau (art. 18, par. 1, let. a);
- b) La Confédération suisse exclut l'application des règles de la Convention aux bateaux de sport et de plaisance ainsi qu'aux bateaux qui ne sont pas employés dans la navigation à des fins lucratives (art. 18, par. 1, let. d);
- c) La Confédération suisse n'appliquera pas les limites maximales de responsabilité prévues à l'article 7, paragraphe 1, lettres a et b, de la Convention (art. 18, par. 2).

Le Conseil fédéral déclare en outre, conformément à l'article 15, paragraphe 2, de la Convention, que la Confédération suisse appliquera également les dispositions de la Convention au Rhin entre Bâle et Rheinfelden.»

„Der Minister für auswärtige Angelegenheiten des Königreichs der Niederlande erklärt nach Artikel 16 Absatz 2 des am 4. November 1988 in Straßburg beschlossenen Straßburger Übereinkommens über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt (CLNI), daß das Königreich der Niederlande das Übereinkommen für die Niederlande annimmt und das angenommene Übereinkommen eingehalten wird unter dem Vorbehalt nach Artikel 18 Absatz 1 Buchstaben a und b des Übereinkommens, die Bestimmungen des Übereinkommens insgesamt nicht anzuwenden auf

- a) Ansprüche wegen Schäden, die durch eine Änderung der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit des Wassers verursacht werden, und
- b) Ansprüche wegen Schäden, die bei der Beförderung gefährlicher Güter durch diese verursacht werden.

Das Königreich der Niederlande erklärt nach Artikel 15 Absatz 2 des Straßburger Übereinkommens über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt (CLNI), daß das Übereinkommen für alle niederländischen Binnengewässer gilt.“

- „a) Die Schweizerische Eidgenossenschaft wird die Bestimmungen des Übereinkommens nicht anwenden auf Ansprüche wegen Schäden, die durch eine Änderung der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit des Wassers verursacht werden. (Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe a)
- b) Die Schweizerische Eidgenossenschaft wird die Bestimmungen des Übereinkommens nicht anwenden auf Sport- und Vergnügungsschiffe sowie Schiffe, deren Verwendung zur Schifffahrt nicht des Erwerbs wegen erfolgt. (Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe d)
- c) Die Schweizerische Eidgenossenschaft wird die in Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben a und b des Übereinkommens genannten Haftungshöchstbeträge nicht anwenden. (Artikel 18 Absatz 2)

Der Schweizerische Bundesrat erklärt ferner nach Artikel 15 Absatz 2 des Übereinkommens, daß die Schweizerische Eidgenossenschaft das Übereinkommen auch auf den Rhein zwischen Basel und Rheinfelden anwenden wird.“

Bonn, den 12. April 1999

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hilger

**Bekanntmachung  
der deutsch-schweizerischen Vereinbarung  
über Erleichterungen des Arbeitserlaubnisverfahrens**

**Vom 12. April 1999**

Die in Bern durch Notenwechsel vom 23. Februar/5. März 1999 geschlossene Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Erleichterungen des Arbeitserlaubnisverfahrens ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 5. März 1999

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 12. April 1999

Bundesministerium  
für Arbeit und Sozialordnung  
Im Auftrag  
H. Heyden

Der Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland

Bern, den 23. Februar 1999

Herr Bundesrat,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das am 11. September 1996 in Berlin geführte Gespräch zum Zwecke der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen den Abschluß folgender Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Erleichterungen des Arbeitserlaubnisverfahrens für entsandte Arbeitnehmer vorzuschlagen:

1. Messestände: Fachkräfte von Unternehmen, die Staatsangehörige eines Vertragsstaates sind und von ihrem Arbeitgeber mit Sitz im Hoheitsgebiet dieses Staates vorübergehend in das Hoheitsgebiet des anderen Staates entsandt werden, um dort Messestände aufzubauen, abzubauen oder zu betreuen, sind vom Erfordernis der Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis beziehungsweise Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung für insgesamt längstens 90 Tage innerhalb eines Kalenderjahres befreit.
2. Monteure: Arbeitnehmer, die Staatsangehörige eines Vertragsstaates sind und von ihrem Arbeitgeber mit Sitz im Hoheitsgebiet dieses Staates vorübergehend in das Hoheitsgebiet des anderen Staates entsandt werden, um
  - a) dort Montage-, Instandhaltungs- oder Reparaturarbeiten an den vom entsendenden Unternehmen gelieferten verwendungsfertigen Anlagen, Maschinen oder Geräten auszuführen oder deren Inbetriebnahme sicherzustellen oder
  - b) bestellte verwendungsfertige Maschinen oder sonstige Sachen abzunehmen oder in ihre Bedienung eingewiesen zu werden,sind vom Erfordernis der Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis beziehungsweise Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung für insgesamt längstens 90 Tage innerhalb eines Kalenderjahres befreit.
3. Aufenthaltsverlängerung:
  - 3.1. Sofern die Beschäftigung ausnahmsweise die festgelegte Höchstdauer nach den Nummern 1 oder 2 übersteigt, verlängert sich die Zeit der Befreiung der Arbeits-

erlaubnis in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Beendigung der Arbeiten, wenn die nach Nummer 9 zuständige deutsche Behörde zustimmt. Allerdings ist in diesem Fall eine Aufenthaltsgenehmigung erforderlich, die unverzüglich bei der für den Aufenthaltsort in der Bundesrepublik Deutschland örtlich zuständigen Ausländerbehörde beantragt werden muß.

- 3.2. Sofern die Beschäftigung ausnahmsweise die festgelegte Höchstdauer nach den Nummern 1 oder 2 übersteigt, benötigen die Arbeitnehmer in der Schweiz eine Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung, die unverzüglich bei den örtlich zuständigen Arbeitsmarktbehörden (Kantonale Arbeitsämter) beantragt werden muß.
4. Längerfristige Einsätze: Im Falle einer Entsendung von mehr als 90 Tagen pro Kalenderjahr benötigt der Arbeitnehmer eine für den Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Staates erforderliche Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis beziehungsweise Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung, die rechtzeitig vor der Einreise bei der zuständigen Behörde des Staates zu beantragen ist.
5. Drittausländer: Die Vereinbarung gilt auch für Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates besitzen, sofern diese Arbeitnehmer zum Stammpersonal (Betriebszugehörigkeit seit mindestens 12 Monaten) des entsendenden Arbeitgebers gehören. Die Visumsvorschriften der Staaten bleiben vorbehalten.
6. Einreise: Die Befreiung von der Aufenthaltsbewilligung nach den Nummern 1 oder 2 setzt voraus, daß der Arbeitnehmer einen Nationalpaß beziehungsweise Nationalen Reisepaß oder einen zur visafreien Einreise in das Hoheitsgebiet des anderen Staates berechtigenden amtlichen Personal- oder sonstigen Reiseausweis besitzt.
7. Meldepflicht: Der Arbeitgeber hat seine Arbeitnehmer, die in das Hoheitsgebiet des anderen Staates entsandt werden sollen, der zuständigen Behörde nach Nummer 9 oder der von der zuständigen Behörde bestimmten Dienststelle für die Bundesrepublik Deutschland, beziehungsweise der zuständigen Behörde nach Nummer 3.2 für die Schweizerische Eidgenossenschaft möglichst zehn Tage vor Arbeitsaufnahme auf dem vereinbarten Formular zu melden. Eine Ausfertigung des Meldeformulares wird vor der Arbeitsaufnahme an den Arbeitgeber zurückgesandt. Diese Ausfertigung gilt als Nachweis für die Rechtmäßigkeit der Tätigkeit. In eilbedürftigen Ausnahmefällen genügt der Nachweis, daß das Formular abgesandt worden ist.
8. Lohn- und Arbeitsbedingungen: Die zuständigen Behörden der Staaten können prüfen, ob den Arbeitnehmern die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeräumt werden, die mit den ortsüblichen vergleichbar sind. Über eventuelle Maßnahmen gegenüber entsendenden Unternehmen unterrichten sich die Staaten unverzüglich.
9. Zuständigkeit: Für die Durchführung dieser Vereinbarung sind zuständig
  - für die Bundesrepublik Deutschland:  
die Bundesanstalt für Arbeit;
  - für die Schweizerische Eidgenossenschaft:  
das Bundesamt für Ausländerfragen und die kantonalen Arbeitsämter.
10. Arbeitsgruppe: Bei Bedarf tritt eine Arbeitsgruppe beider Regierungen zusammen, um Probleme, die sich im Rahmen der Durchführung dieser Vereinbarung ergeben, einvernehmlich zu lösen.
11. Diese Vereinbarung gilt für die Dauer von 3 Jahren. Danach verlängert sich die Gültigkeit der Vereinbarung jeweils stillschweigend um ein Jahr, sofern sie nicht von einer Vertragspartei spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird. Arbeiten, die auf der Grundlage dieser Vereinbarung aufgenommen, aber bis zum Zeitpunkt der Kündigung noch nicht abgeschlossen werden, bleiben von der Kündigung unberührt.

Falls sich die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit den unter den Nummern 1 bis 11 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Klaus Bald

An den Vorsteher  
des Eidgenössischen Departementes  
für Auswärtige Angelegenheiten  
Herrn Bundesrat Flavio Cotti  
Bundeshaus West

Bern

Der Vorsteher  
des Eidgenössischen Departementes  
für Auswärtige Angelegenheiten

Bern, den 5. März 1999

Herr Botschafter

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihrer Note vom 23. Februar 1999 zu bestätigen, welche folgenden Inhalt hat:

*(Es folgt der Text der einleitenden deutschen Note.)*

Ich habe die Ehre, Ihnen im Namen des Schweizerischen Bundesrates mitzuteilen, daß dieser mit dem Vorstehenden einverstanden ist.

Ihre Note vom 23. Februar 1999 und diese Antwort bilden somit eine Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland, welche am heutigen Tag in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Flavio Cotti

Herrn Botschafter  
Klaus Bald  
Botschafter der  
Bundesrepublik Deutschland  
Willadingweg 83  
3000 Bern 16

---

**Bekanntmachung  
der deutsch-srilankischen Vereinbarung  
zur Änderung des deutsch-srilankischen Abkommens  
vom 22. November 1982 über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 13. April 1999**

Die in Colombo durch Notenwechsel vom 18. Februar/8. März 1999 geschlossene Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka zur Änderung des Abkommens vom 22. November 1982 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka über Finanzielle Zusammenarbeit (BGBl. 1983 II S. 25) ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 8. März 1999

in Kraft getreten; die einleitende deutsche Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 13. April 1999

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Bohnet

Der Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland

Colombo, den 18. Februar 1999

Herr Generaldirektor,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 22. November 1982 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit, folgende Änderungsvereinbarung vorzuschlagen:

1. Das Abkommen vom 22. November 1982 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka über Finanzielle Zusammenarbeit wird wie folgt geändert:
  - Das im Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a genannte Vorhaben „Umweltschutzmaßnahmen Papierfabrik Valaichchenai wird durch das Vorhaben „Wasserversorgung Ampara“ ersetzt.
  - Artikel 3 soll folgende Fassung erhalten:

„In Anerkennung der Tatsache, daß die KfW nicht verpflichtet ist, Steuern oder andere Finanzabgaben in der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka zu zahlen, kommt die Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka für alle Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben auf, die in der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge erhoben werden.“
2. Im übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 22. November 1982 auch für diese Vereinbarung.
3. Diese Vereinbarung wird in deutscher und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka mit den unter Nummern 1 bis 3 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Änderungsvereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Generaldirektor, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

H. van Edig

An den Generaldirektor  
Department of External Resources  
Finanzministerium der  
Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka  
Herr Faiz Mohideen  
Colombo

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen**

**Vom 13. April 1999**

Das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585) ist nach seinem Artikel 77 Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Katar am 4. Dezember 1998  
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalte, die in deutscher Übersetzung lauten:

„1. Artikel 35 Absatz 3

Die Regierung von Katar behält sich das Recht vor, das konsularische Kuriergepäck in den beiden folgenden Fällen zu öffnen:

- a) Es ist offensichtlich, daß das konsularische Kuriergepäck für widerrechtliche Zwecke benutzt wird, die mit den Zielen, derentwegen die Immunitäten in bezug auf das Gepäck festgelegt wurden, unvereinbar sind.

In diesem Fall werden die betreffende diplomatische Mission und ihr Ministerium für auswärtige Angelegenheiten benachrichtigt, das Gepäck mit Zustimmung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten des Staates Katar geöffnet und die im Gepäck gefundenen Gegenstände in Gegenwart eines Vertreters der Mission, der das Gepäck gehört, beschlagnahmt.

- b) Hat der Staat Katar durch Beweise des ersten Anscheins gestützte triftige Gründe für die Annahme, daß das Kuriergepäck für widerrechtliche Zwecke benutzt wurde, so kann das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten des Staates Katar von der betreffenden konsularischen Mission verlangen, das Gepäck zu öffnen, um seinen Inhalt festzustellen.

Das Gepäck wird in Gegenwart eines Vertreters des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und eines Mitglieds der Mission, der es gehört, geöffnet. Lehnt die Mission es ab, das Gepäck zu öffnen, so muß es an seinen Ursprungsort zurückbefördert werden.

2. Artikel 46 Absatz 1

Die in diesem Artikel vorgesehene Befreiung gilt nicht für die Bediensteten des Verwaltungspersonals und deren Familienmitglieder.

3. Artikel 49

Von den Konsulaten beschäftigte Ortskräfte werden von den in diesem Artikel genannten Steuern und sonstigen Abgaben, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften erhoben werden, nicht befreit.

4. Der Beitritt zu dem Übereinkommen bedeutet nicht die Anerkennung Israels und hat nicht die Aufnahme der von dem Übereinkommen erfaßten Beziehungen zu Israel zur Folge.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Dezember 1998 (BGBl. 1999 II S. 11).

Bonn, den 13. April 1999

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hilger

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen**

**Vom 20. April 1999**

Israel hat dem Generalsekretariat des Europarats am 8. Februar 1999 mit folgender Erklärung die Änderung seiner bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde zu dem Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1964 II S. 1369, 1386) abgegebenen Erklärungen zu Artikel 15 Abs. 6 und Artikel 24 notifiziert:

*(Übersetzung)*

„The Ministry of Foreign Affairs of Israel informs the Council of Europe that Israel wishes to replace its declarations to Articles 15, paragraph 6, and 24 with the following declarations:

Article 15, paragraph 6:

All requests and other communications to Israel under the Convention should be sent to the following address: Ministry of Justice, Directorate of Courts, Department of Legal Assistance to Foreign Countries, P.O. Box 34142 – 91340 Jerusalem.

Article 24:

For the purposes of the Convention, the following authorities shall be considered Judicial Authorities by the State of Israel:

- Any competent court or tribunal
- The Attorney General of the State of Israel
- The State Attorney of the State of Israel
- The Director of the Department of International Affairs of the Ministry of Justice.”

„Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Israels teilt dem Europarat mit, daß Israel seine Erklärungen zu Artikel 15 Absatz 6 und zu Artikel 24 durch folgende Erklärungen ersetzen möchte:

Artikel 15 Absatz 6:

Alle Ersuchen und sonstige Mitteilungen an Israel nach dem Übereinkommen sind an folgende Anschrift zu senden: Ministry of Justice, Directorate of Courts, Department of Legal Assistance to Foreign Countries (Ministerium der Justiz, Abteilung Gerichtswesen, Referat für Rechtshilfe für ausländische Staaten), P.O. Box 34142 – 91340 Jerusalem.

Artikel 24:

Als Justizbehörden im Sinne des Übereinkommens gelten für Israel die folgenden Behörden:

- das zuständige Gericht eines jeden Rechtszuges
- der Generalstaatsanwalt des Staates Israel
- die Staatsanwaltschaft des Staates Israel
- der Leiter der Abteilung für Internationale Angelegenheiten im Ministerium der Justiz.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 8. November 1976 (BGBl. II S. 1799) und vom 18. Juni 1998 (BGBl. II S. 1664).

Bonn, den 20. April 1999

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hilger

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der Konvention  
zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten**

**Vom 20. April 1999**

I.

Liechtenstein hat dem Generalsekretariat des Europarats am 18. Februar 1999 mit folgender Erklärung die Rücknahme seines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1952 II S. 685, 953) in der durch das Protokoll Nr. 3 vom 6. Mai 1963 (BGBl. 1968 II S. 1111, 1116) und durch das Protokoll Nr. 5 vom 20. Januar 1966 (BGBl. 1968 II S. 1111, 1120) geänderten Fassung angebrachten Vorbehalts zu Artikel 8 notifiziert. Die Rücknahme ist am 18. Februar 1999 wirksam geworden.

*(Übersetzung)*

«La Principauté de Liechtenstein retire les réserves suivantes, contenues dans l'annexe à l'instrument de ratification du 15 août 1982 de la Convention:

- réserve portant sur l'article 8 de la Convention, en ce qui concerne la situation de l'enfant illégitime
- réserve portant sur l'article 8 de la Convention, en ce qui concerne la situation de la femme dans le droit matrimonial et familial.»

„Das Fürstentum Liechtenstein nimmt die folgenden Vorbehalte zurück, die in der Anlage zur Ratifikationsurkunde vom 15. August 1982 zur Konvention enthalten sind:

- Vorbehalt zu Artikel 8 der Konvention in bezug auf die Stellung des unehelichen Kindes
- Vorbehalt zu Artikel 8 der Konvention in bezug auf die Stellung der Frau im Ehe- und Familienrecht.“

II.

Das Vereinigte Königreich hat mit Erklärung vom 8. Januar 1999 für die Insel Man die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach Artikel 46 der Konvention

mit Wirkung vom 1. Juni 1998  
für weitere fünf Jahre

anerkannt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. September 1983 (BGBl. II S. 628) und vom 12. Oktober 1998 (BGBl. II S. 2932).

Bonn, den 20. April 1999

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hilger

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge**

**Vom 21. April 1999**

Das Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (BGBl. 1985 II S. 926) ist nach seinem Artikel 84 Abs. 2 für

Kuba am 9. Oktober 1998  
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde  
abgegebenen Erklärung und des angebrachten Vorbehalts

in Kraft getreten:

*(Übersetzung)*

«Réserve (Traduction) (Original: espagnol)

„Vorbehalt (Übersetzung) (Original: Spanisch)

Le Gouvernement de la République de Cuba émet une réserve expresse au sujet de la procédure prévue à l'article 66 de la Convention car il considère que tout différend doit être réglé par l'une des méthodes adoptées d'un commun accord par les parties; en conséquence la République de Cuba ne saurait accepter de solution ouvrant à l'une des parties la possibilité de soumettre le différend à une procédure de règlement judiciaire, d'arbitrage ou de conciliation sans le consentement de l'autre.

Die Regierung der Republik Kuba bringt einen ausdrücklichen Vorbehalt zu dem Verfahren nach Artikel 66 des Übereinkommens an, da sie der Auffassung ist, daß jede Streitigkeit durch im Einvernehmen der Streitparteien beschlossene Mittel beigelegt werden muß; die Republik Kuba kann daher Lösungen nicht annehmen, die es einer der Parteien ermöglichen, die Streitigkeit ohne die Zustimmung der anderen Partei einem Verfahren zur gerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Beilegung oder zum Vergleich zu unterwerfen.

Déclaration (Traduction) (Original: espagnol)

Erklärung (Übersetzung) (Original: Spanisch)

Le Gouvernement de la République de Cuba déclare que la Convention de Vienne sur le droit des traités a, pour l'essentiel, codifié et systématisé les normes établies par la coutume et d'autres sources de droit international en ce qui concerne la conclusion, la signature, la ratification, l'entrée en vigueur, la dénonciation et autres stipulations relatives aux traités internationaux et par conséquent que ces dispositions, du fait qu'elles tirent leur caractère obligatoire de sources universellement reconnues de droit international pour ce qui est en particulier de la nullité, de l'extinction et de la suspension de l'application des traités, sont applicables à tout traité antérieur à la Convention et plus généralement aux traités, pactes ou concessions conclus dans des conditions d'inégalité ou qui méconnaissent ou diminuent sa souveraineté et son intégrité territoriale.»

Die Regierung der Republik Kuba erklärt, daß das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge im wesentlichen die Normen kodifiziert und systematisiert hat, die durch Gewohnheit und andere Quellen des Völkerrechts in bezug auf den Abschluß, die Unterzeichnung, die Ratifikation, das Inkrafttreten, die Beendigung und sonstige Regelungen im Zusammenhang mit internationalen Verträgen begründet worden waren; folglich finden diese Bestimmungen, insbesondere diejenigen betreffend die Ungültigkeit, Beendigung und Suspendierung von Verträgen, aufgrund der Tatsache, daß sich ihre Verbindlichkeit aus allgemein anerkannten Quellen des Völkerrechts ableitet, auf jeden von der Republik Kuba vor dem genannten Übereinkommen ausgehandelten Vertrag Anwendung und ganz allgemein auf Verträge, Pakte und Konzessionen, die unter ungleichen Bedingungen ausgehandelt wurden oder die ihre Souveränität und territoriale Unversehrtheit außer acht lassen oder beeinträchtigen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Januar 1999 (BGBl. II S. 123).

Bonn, den 21. April 1999

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hilger

**Bekanntmachung  
des deutsch-kamerunischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 21. April 1999**

Das in Jaunde am 4. Dezember 1998 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kamerun ist nach seinem Artikel 6

am 4. Dezember 1998

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. April 1999

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Bohnet

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Kamerun  
über Finanzielle Zusammenarbeit (1998)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und

die Regierung der Republik Kamerun –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Kamerun beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Regierungskonsultationen vom 12./13. Mai 1998 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kamerun, von der Kreditanstalt

für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, ein Darlehn in Höhe von bis zu insgesamt 7 900 000,- DM (in Worten: sieben Millionen neunhunderttausend Deutsche Mark) für das Vorhaben „Zweiter Schlepper für Hafen Douala“ zu erhalten, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Die Darlehenssumme setzte sich aus folgenden Beträgen zusammen:

– 2 900 000,- DM (in Worten: zwei Millionen neunhunderttausend Deutsche Mark), die während der Regierungskonsultationen vom 12./13. Mai 1998 zugesagt wurden, sowie

– 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark), die die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Kamerun 1996 ursprünglich für das Vorhaben „Beteiligung der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) mbH, Köln, an der Agrarkreditbank Kamerun [Crédit Agricole du Cameroun] CAC“ zugesagt hatte. Über die Verwendung dieses Betrags wurde bislang kein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kamerun geschlossen.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kamerun durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Kamerun zu einem späteren Zeitpunkt

ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

#### Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 und in Artikel 5 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehns zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag abgeschlossen wurde. Für den 1996 zugesagten Teilbetrag in Höhe von 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark) endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2004, für den Teilbetrag in Höhe von 2 900 000,- DM (in Worten: zwei Millionen neunhunderttausend Deutsche Mark) endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2006.

#### Artikel 3

Die Regierung der Republik Kamerun stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und

Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Kamerun erhoben werden.

#### Artikel 4

Die Regierung der Republik Kamerun überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### Artikel 5

Das im Abkommen vom 21. Juli 1994 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Korup-Nationalpark“ vorgesehene Darlehn in Höhe von 4 500 000,- DM (in Worten: vier Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) wird mit einem Betrag von 4 500 000,- DM (in Worten: vier Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) reprogrammiert und zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 erwähnte Vorhaben „Zweiter Schlepper für Hafen Douala“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderwürdigkeit festgestellt worden ist.

#### Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Jaunde am 4. Dezember 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Klaus Holderbaum

Für die Regierung der Republik Kamerun  
Justin Ndioro

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens  
über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke  
im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

**Vom 23. April 1999**

I.

Portugal hat dem Verwahrer des Übereinkommens am 11. Februar 1999 die Erstreckung des Haager Übereinkommens vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1453) auf Macau notifiziert. Nach Artikel 29 Abs. 3 des Übereinkommens ist die Erstreckung am 12. April 1999 wirksam geworden.

II.

Die Bahamas haben nach Artikel 2 des Übereinkommens folgende Zentrale Behörde bestimmt:

„The Honourable Attorney General“.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Februar 1998 (BGBl. II S. 288).

Bonn, den 23. April 1999

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hilger

---

**Bekanntmachung  
der Neufassung des Anhangs  
zu dem Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping**

**Vom 26. April 1999**

Die Beobachtende Begleitgruppe zum Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping (BGBl. 1994 II S. 334) hat die Neufassung des Anhangs des Übereinkommens beschlossen. Die Neufassung ist am 15. März 1999 in Kraft getreten und wird nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. August 1998 (BGBl. II S. 2603).

Bonn, den 26. April 1999

Bundesministerium des Innern  
Im Auftrag  
Kühn

**Appendix**  
**New Reference List**  
**of Prohibited Pharmacological Classes**  
**of Doping Agents and Doping Methods**

- I. Prohibited classes of substances
  - A. Stimulants
  - B. Narcotics
  - C. Anabolic Agents
  - D. Diuretics
  - E. Peptide hormones, mimetics and analogues
  
- II. Prohibited methods
  - A. Blood doping
  - B. Pharmacological, chemical and physical manipulation
  
- III. Classes of drugs subject to certain restrictions
  - A. Alcohol
  - B. Cannabinoids
  - C. Local anaesthetics
  - D. Corticosteroids
  - E. Beta-blockers

I. Prohibited classes of substances

Prohibited substances fall into the following classes of substances:

- A. Stimulants
- B. Narcotics
- C. Anabolic Agents
- D. Diuretics
- E. Peptide hormones, mimetics and analogues

All substances belonging to the prohibited classes cannot be used even if they are not listed as examples. For this reason, the term "and related substances" is introduced. This term describes drugs that are related to the class by their pharmacological action and/or chemical structure.

A. Stimulants

Prohibited substances in class (A) include the following examples:

- amineptine
- amiphenazole
- amphetamines
- bromantan
- caffeine\*)
- carphedon
- cocaine

- ephedrines\*\*)
- fencamfamin
- mesocarb
- pentetrazol
- pipradol
- salbutamol\*\*\*)
- salmeterol\*\*\*)
- terbutaline\*\*\*)
- and related substances.

Note: All imidazole preparations are acceptable for topical use, e.g. oxymetazoline. Vasoconstrictors (e.g. adrenaline) may be administered with local anaesthetic agents. Topical preparations (e.g. nasal, ophthalmological) of phenylephrine are permitted.

B. Narcotics

Prohibited substances in class (B) include the following examples:

- buprenorphine

\*\*) For ephedrine, cathine and methylephedrine, the definition of a positive is a concentration in urine greater than 5 micrograms per millilitre. For phenylpropranolamine and pseudoephedrine, the definition of a positive is a concentration in urine greater than 10 micrograms per millilitre. If more than one of these substances are present below their respective thresholds, the concentrations should be added. If the sum is greater than 10 micrograms per millilitre, the sample shall be considered positive.

\*\*\*) Permitted by inhaler only to prevent and/or treat asthma and exercise-induced asthma. Written notification of asthma and/or exercise-induced asthma by a respiratory or team physician is necessary to the relevant medical authority.

\*) For caffeine the definition of a positive is a concentration in urine greater than 12 micrograms per millilitre.

dextromoramide  
diamorphine (heroin)  
methadone  
morphine  
pentazocine  
pethidine  
and related substances.

Note: codeine, dextromethorphan, dextropropoxyphene, dihydrocodeine, diphenoxylate, ethylmorphine, pholcodine, propoxyphene and tramadol are permitted.

#### C. Anabolic agents

Prohibited substances in class (C) include the following examples:

##### 1. Anabolic androgenic steroids

- a. clostebol  
fluoxymesterone  
metandienone  
metenolone  
nandrolone  
19-norandrostenediol  
19-norandrostenedione  
oxandrolone  
stanozolol  
and related substances.
- b. androstenediol  
androstenedione  
dehydroepiandrosterone (DHEA)  
dihydrotestosterone  
testosterone\*)  
and related substances.

Evidence obtained from metabolic profiles and/or isotopic ratio measurements may be used to draw definitive conclusions.

##### 2. Beta-2 agonists

When administered orally or by injection.

- bambuterol  
clenbuterol  
fenoterol  
formoterol  
reproterol  
salbutamol\*\*)   
terbutaline\*\*)   
and related substances.

#### D. Diuretics

Prohibited substances in class (D) include the following examples:

- acetazolamide  
bumetanide  
chlortalidone  
etacrynic acid  
furosemide  
hydrochlorothiazide  
mannitol\*\*\*)  
mersalyl  
spironolactone  
triamterene  
and related substances.

#### E. Peptide hormones, mimetics and analogues

Prohibited substances in class (E) include the following examples and their analogues and mimetics:

1. Chorionic Gonadotrophin (hCG);
  2. Pituitary and synthetic gonadotrophins (LH);
  3. Corticotrophins (ACTH, tetracosactide);
  4. Growth hormone (hGH);
  5. Insulin-like Growth Factor (IGF-1);
- and all the respective releasing factors and their analogues;
6. Erythropoietin (EPO);
  7. Insulin;

permitted only to treat insulin-dependent diabetes. Written notification of insulin-dependent diabetes by an endocrinologist or team physician is necessary.

The presence of an abnormal concentration of an endogenous hormone or its diagnostic marker(s) in the urine of a competitor constitutes an offence unless it has been conclusively documented to be solely due to a physiological or pathological condition.

#### II. Prohibited methods

The following procedures are prohibited:

##### Blood doping

Blood doping is the administration of blood, red blood cells, artificial oxygen carriers, and related blood products to an athlete.

##### Pharmacological, chemical and physical manipulation

Pharmacological, chemical and physical manipulation is the use of substances and of methods which alter, attempt to alter, or may reasonably be expected to alter the integrity and validity of samples used in doping controls. These include, without limitation, the administration of diuretics, catheterisation, sample substitution and/or tampering, inhibition of renal excretion such as by probenecid and related compounds, and alterations of testosterone and epitestosterone measurements such as epitestosterone\*\*\*\*) or bromantan administration.

The success or failure of the use of a prohibited substance or method is not material. It is sufficient that the said substance or procedure was used or attempted for the infraction to be considered as consummated.

\*) The presence of a testosterone (T) to epitestosterone (E) ratio greater than six (6) to one (1) in the urine of a competitor constitutes an offence unless there is evidence that this ratio is due to a physiological or pathological condition, e.g. low epitestosterone excretion, androgen producing tumour, enzyme deficiencies.

In the case of T/E greater than 6, it is mandatory that the relevant medical authority conducts an investigation before the sample is declared positive. A full report will be written and will include a review of previous tests, subsequent tests and any results of endocrine investigations. In the event that previous tests are not available, the athlete should be tested unannounced at least once per month for three months. The results of these investigations should be included in the report. Failure to co-operate in the investigations will result in declaring the sample positive.

\*\*) Permitted by inhalation as described in Article I.A.

\*\*\*) Prohibited by intravenous injection.

\*\*\*\*) An epitestosterone concentration in the urine greater than of 200 nanograms per millilitre will be investigated by studies as in Article I.C.1.b. for testosterone.

## III. Classes of drugs subject to certain restrictions

## A. Alcohol

Where the rules of a responsible authority so provide, tests will be conducted for ethanol.

## B. Cannabinoids

Where the rules of a responsible authority so provide, tests will be conducted for cannabinoids (e.g. Marijuana, Hashish). At the Olympic Games, tests will be conducted for cannabinoids. A concentration in urine of 11-nor-delta-9-tetrahydrocannabinol-9-carboxylic acid (carboxy-THC) greater than 15 nanograms per millilitre is prohibited.

## C. Local anaesthetics

Injectable local anaesthetics are permitted under the following conditions:

- a) bupivacaine, lidocaine, mepivacaine, procaine, etc. can be used but not cocaine. Vasoconstrictor agents (e.g. adrenaline) may be used in conjunction with local anaesthetics;
- b) only local or intra-articular injections may be administered;
- c) only when medically justified.

Where the rules of a responsible authority so provide, notification of administration may be necessary.

## D. Corticosteroids

The systemic use of corticosteroids is prohibited.

Anal, aural, dermatological, inhalational, nasal and ophthalmological (but not rectal) administration is permitted. Intra-articular and local injections of corticosteroids are permitted. Where the rules of a responsible authority so provide, notification of administration may be necessary.

## E. Beta-blockers

Some examples of beta-blockers are:

acebutolol  
alprenolol  
atenolol  
labetalol  
metoprolol  
nadolol  
oxprenolol  
propranolol

sotalol  
and related substances.

Where the rules of an International Sports Federation so provide, tests will be conducted for beta-blockers.

**Summary of IOC regulations for drugs  
which need the written notification of a physician**

Substances	Prohibited	Permitted with notification	Permitted without notification
Selected beta-agonists <sup>*)</sup>	– Oral – Systemic injections	– Inhalational	
Corticosteroids	– Oral – Systemic injections – Rectal		– anal, aural, dermatological, inhalational, nasal, ophthalmological – local and intra-articular injections <sup>***)</sup>
Local anaesthetics <sup>**)</sup>	– Systemic injections		– local and intra-articular injections <sup>***)</sup>

<sup>\*)</sup> Salbutamol, salmeterol, terbutaline; all other beta-agonists are prohibited.

<sup>\*\*)</sup> Except cocaine, which is prohibited.

<sup>\*\*\*)</sup> Where the rules of the responsible authority so provide, notification may be necessary.

**Summary of urinary concentrations  
above which IOC accredited laboratories  
must report findings for specific substances**

caffeine	> 12 micrograms/millilitre
carboxy-THC	> 15 nanograms/millilitre
cathine	> 5 micrograms/millilitre
ephedrine	> 5 micrograms/millilitre
epitestosterone	> 200 nanograms/millilitre
methylephedrine	> 5 micrograms/millilitre
morphine	> 1 microgram/millilitre
phenylpropanolamine	> 10 micrograms/millilitre
pseudoephedrine	> 10 micrograms/millilitre
T/E ratio	> 6

**List of examples of prohibited substances**

**Caution:** This is not an exhaustive list of prohibited substances. Many substances that do not appear on this list are considered prohibited under the term "and related substances".

All athletes are strongly advised only to take medicines which are prescribed by a medical doctor and to ensure that they contain only drugs that are not prohibited by the IOC Medical Commission or the responsible authorities.

Whenever an athlete is required to undergo a doping control all medications and drugs taken or administered in the previous seven days should be declared on the doping control official record.

**Stimulants:**

amineptine, amfepramone, amiphenazole, amphetamine, bambuterol, bromantan, caffeine, carphedon, cathine, cocaine, cropropamide, crotethamide, ephedrine, etamivan, etilamphetamine, etilefrine, fencamfamin, fenetylline, fenfluramine, formoterol, heptaminol, mefenorex, mephentermine, mesocarb, methamphetamine, methoxyphenamine, methylenedioxyamphet-

amine, methylephedrine, methylphenidate, nikethamide, norfenfluramine, parahydroxyamphetamine, pemoline, pentetrazol, phendimetrazine, phentermine, phenylephrine, phenylpropanolamine, pholedrine, pipradol, prolintane, propylhexedrine, pseudoephedrine, reproterol, salbutamol, salmeterol, selegiline, strychnine, terbutaline,

**Narcotics:**

buprenorphine, dextromoramide, diamorphine (heroin), hydrocodone, methadone, morphine, pentazocine, pethidine,

**Anabolic agents:**

androstenediol, androstenedione, bambuterol, boldenone, clenbuterol, clostebol, danazol, dehydrochlormethyltestosterone, dehydroepiandrosterone (DHEA), dihydrotestosterone, drositanolone, fenoterol, fluoxymesterone, formebolone, formoterol, gestrinone, mesterolone, metandienone, metenolone, methandriol, methyltestosterone, mibolerone, nandrolone, 19-norandrostenediol, 19-norandrostenedione, norethandrolone, oxandrolone, oxymesterone, oxymetholone, reproterol, salbutamol, salmeterol, stanozolol, terbutaline, testosterone, trenbolone,

Diuretics:

acetazolamide, bendroflumethiazide, bumetanide, canrenone, chlortalidone, etacrynic acid, furosemide, hydrochlorothiazide, indapamide, mannitol, mersalyl, spironolactone, triamterene,

Masking agents:

bromantan, diuretics (see above), epitestosterone, probenecid,

Peptide hormones, mimetics and analogues:

ACTH, erythropoietin (EPO), hCG, hGH, insulin, LH,

Beta-blockers:

acebutolol, alprenolol, atenolol, betaxolol, bisoprolol, bunolol, labetalol, metoprolol, nadolol, oxprenolol, propranolol, sotalol.

**Annexe**  
**Projet de nouvelle liste**  
**de référence des classes pharmacologiques de substances dopantes**  
**et de méthodes de dopage interdites**

- I. Classes de substances interdites
  - A. Stimulants
  - B. Narcotiques
  - C. Agents anabolisants
  - D. Diurétiques
  - E. Hormones peptidiques, substances mimétiques et analogues
  
- II. Méthodes interdites
  - A. Dopage sanguin
  - B. Manipulation pharmacologique, chimique et physique
  
- III. Classes de substances soumises à certaines restrictions
  - A. Alcool
  - B. Cannabinoïdes
  - C. Anesthésiques locaux
  - D. Corticostéroïdes
  - E. Bêta-bloquants

I. Classes de substances interdites

Les substances interdites sont réparties dans les classes suivantes:

- A. Stimulants
- B. Narcotiques
- C. Agents anabolisants
- D. Diurétiques
- E. Hormones peptidiques, substances mimétiques et analogues

Aucune des substances appartenant aux classes interdites ne peut être utilisée même si elle n'est pas citée en exemple. C'est la raison pour laquelle l'expression «et substances apparentées» est introduite. Cette expression fait référence aux substances qui sont apparentées à la classe en question par leurs effets pharmacologiques et/ou leur structure chimique.

A. Stimulants

Les substances interdites appartenant à la classe (A) comprennent les exemples suivants:

amineptine  
 amphénazole  
 amphétamines  
 bromantan  
 caféine\*)  
 carphédone

cocaïne  
 éphédrines\*\*)  
 fencamfamine  
 mésocarbe  
 pentétrazol  
 pipradol  
 salbutamol\*\*\*)  
 salmétérol\*\*\*)  
 terbutaline\*\*\*)  
 et substances apparentées.

Note: Toutes les préparations d'imidazole sont acceptables en application locale, par exemple l'oxymétazoline. Des vasoconstricteurs (par exemple, l'adrénaline) pourront être administrés avec des agents anesthésiques locaux. Les préparations à usage local (par exemple nasales et ophtalmologiques) de phényléphrine sont autorisées.

B. Narcotiques

Les substances interdites appartenant à la classe (B) comprennent les exemples suivants:

\*\*) Pour l'éphédrine, la cathine et la méthyléphédrine, une concentration dans l'urine supérieure à 5 microgrammes par millilitre sera considérée comme un résultat positif. Pour la phénylpropanolamine et la pseudoéphédrine, une concentration dans l'urine supérieure à 10 microgrammes par millilitre sera considérée comme un résultat positif. Si plus d'une de ces substances sont présentes au-dessous de leurs seuils respectifs, les concentrations devront être additionnées. Si la somme dépasse 10 microgrammes par millilitre, l'échantillon sera considéré comme positif.

\*\*\*) Substance autorisée par inhalation uniquement pour prévenir et/ou traiter l'asthme et l'asthme d'effort. L'asthme et/ou l'asthme d'effort devront être notifiés par écrit à l'autorité médicale compétente par un pneumologue ou un médecin d'équipe.

\*) Pour la caféine, une concentration dans l'urine supérieure à 12 microgrammes par millilitre sera considérée comme un résultat positif.

buprénorphine  
dextromoramide  
diamorphine (héroïne)  
méthadone  
morphine  
pentazocine  
péthidine  
et substances apparentées.

**Note :** La codéine, le dextrométhorphan, le dextropropoxyphène, la dihydrocodéine, le diphénoxylate, l'éthylmorphine, la pholcodine, le propoxyphène et le tramadol sont autorisés.

### C. Agents anabolisants

Les substances interdites appartenant à la classe (C) comprennent les exemples suivants:

#### 1. Stéroïdes anabolisants androgènes

a. clostébol  
fluoxymésterone  
métandiénone  
méténolone  
nandrolone  
19-norandrosténédiod  
19-norandrosténédione

oxandrolone  
stanozolol  
et substances apparentées.

b. androsténédiod  
androsténédione  
déhydroépiandrosténone (DHEA)  
dihydrotestosténone  
testosténone\*)

et substances apparentées.

Les preuves obtenues à partir des profils métaboliques et/ou de l'étude des rapports isotopiques pourront être utilisées afin de tirer des conclusions définitives.

#### 2. Bêta-2 agonistes

Lorsqu'ils sont administrés par voie orale ou par injection.

bambutérol  
clenbutérol  
fénotérol  
formotérol  
reproterol  
salbutamol\*\*)   
terbutaline\*\*)   
et substances apparentées.

### D. Diurétiques

Les substances interdites appartenant à la classe (D) comprennent les exemples suivants:

acétazolamide  
acide étacrynique  
bumétanide  
chlorthalidone  
furosémide  
hydrochlorothiazide  
mannitol\*\*\*)  
mersalyl  
spironolactone  
triamtèrene

et substances apparentées.

### E. Hormones peptidiques, substances mimétiques et analogues

Les substances interdites appartenant à la classe (E) comprennent les substances suivantes et leurs analogues ainsi que les substances mimétiques:

1. Gonadotrophine chorionique (hCG);
2. Gonadotrophines hypophysaires et synthétiques;
3. Corticotrophines (ACTH, tétracosactide);
4. Hormone de croissance (hGH);
5. Facteur de croissance analogue à l'insuline (IGF-1);

et tous les facteurs de libération respectifs ainsi que leurs analogues;

6. Erythropoïétine (EPO);
7. Insuline;

autorisée uniquement pour traiter les diabètes insulino-dépendants. Une notification écrite des diabètes insulino-dépendants par un endocrinologue ou un médecin d'équipe est nécessaire.

La présence dans l'urine d'un concurrent d'une concentration anormale d'une hormone endogène ou de son(s) marqueur(s) diagnostiques constitue une infraction à moins qu'il ne soit établi de façon concluante qu'elle n'est due qu'à une condition physiologique ou pathologique.

### II. Méthodes interdites

Les méthodes suivantes sont interdites:

#### Dopage sanguin

Le dopage sanguin est l'administration à un athlète de sang, de globules rouges, de transporteurs artificiels d'oxygène ou de produits sanguins apparentés.

#### Manipulation pharmacologique, chimique et physique

La manipulation pharmacologique, chimique et physique est l'utilisation de substances et de méthodes qui modifient, tentent de modifier ou risquent raisonnablement de modifier l'intégrité et la validité des échantillons utilisés lors des contrôles de dopage. Parmi ces substances et méthodes figurent entre autres la cathétérisation, la substitution et/ou l'altération des échantillons, l'inhibition de l'excrétion rénale, notamment par le probénécide et ses composés apparentés, et la modification des mesures de la testosténone et de l'épitéstosténone, notamment par l'administration d'épitéstosténone\*\*\*\*) ou de bromantan.

\*) La présence d'un rapport de testosténone (T)-épitéstosténone (E) supérieur à six (6) dans l'urine d'un concurrent constitue une infraction à moins qu'il ne soit établi que ce rapport est dû à une condition physiologique ou pathologique, p. ex. faible excrétion d'épitéstosténone, production androgène d'une tumeur ou des déficiences enzymatiques.

Dans le cas d'un rapport T/E supérieur à 6, il est obligatoire d'effectuer un examen sous la direction de l'autorité médicale compétente avant que l'échantillon ne soit déclaré positif. Un rapport complet sera rédigé; il comprendra une étude des tests précédents et ultérieurs ainsi que les résultats des tests endocriniens. Si les tests précédents ne sont pas disponibles, l'athlète devra subir un contrôle sans annonce préalable au moins une fois par mois durant trois mois. Les résultats de ces examens devront être inclus dans le rapport. A défaut de collaboration de la part de l'athlète, il en résultera une déclaration d'échantillon positif.

\*\*) Substances autorisées par inhalation comme indiqué à l'article I.A.

\*\*\*) Substance interdite si injectée par voie intraveineuse.

\*\*\*\*) Une concentration d'épitéstosténone dans l'urine supérieure à 200 nanogrammes par millilitre devra faire l'objet d'examens identiques à ceux prévus à l'article I.C.1.b. pour la testosténone.

La réussite ou l'échec de l'utilisation d'une substance ou d'une méthode interdite n'est pas essentielle. Il suffit que l'on ait utilisé ou tenté d'utiliser ladite substance ou méthode pour que l'infraction soit considérée comme consommée.

### III. Classes de substances soumises a certaines restrictions

#### A. Alcool

Lorsque le règlement d'une autorité responsable le prévoit, des tests seront effectués pour l'éthanol.

#### B. Cannabinoïdes

Lorsque le règlement d'une autorité responsable le prévoit, des tests seront effectués pour les cannabinoïdes (tels que la marijuana et le haschich). Aux Jeux Olympiques, des tests seront effectués pour les cannabinoïdes. Une concentration dans l'urine de 11-nor-delta-9-tétrahydrocannabinol-9-acide carboxylique (carboxy-THC) supérieure à 15 nanogrammes par millilitre est interdite.

#### C. Anesthésiques locaux

Les anesthésiques locaux injectables sont autorisés aux conditions suivantes:

- a) la bupivacaïne, la lidocaïne, la mépivacaïne, la procaïne, etc., peuvent être utilisées mais pas la cocaïne. Des agents vasoconstricteurs (p.ex. adrénaline) pourront être utilisés en conjonction avec des anesthésiques locaux;
- b) seules des injections locales ou intra-musculaires pourront être pratiquées;
- c) uniquement lorsque l'administration est médicalement justifiée.

Lorsque le règlement d'une autorité responsable le prévoit, il pourra s'avérer nécessaire de notifier l'administration des anesthésiques locaux.

#### D. Corticostéroïdes

L'utilisation systémique des corticostéroïdes est interdite.

Une administration par inhalation et par voie anale, auriculaire, dermatologique, nasale et ophtalmique (mais non par voie rectale) est autorisée. Les injections locales et intra-articulaires de corticostéroïdes sont autorisées. Lorsque le règlement d'une autorité responsable le prévoit, il pourra s'avérer nécessaire de notifier l'administration des corticostéroïdes.

#### E. Bêta-bloquants

Les bêta-bloquants comprennent les exemples suivants:

acébutolol

alprénolol

aténolol

labétalol

métoprolol

nadolol

oxprénolol

propranolol

sotalol

et substances apparentées.

Lorsque le règlement d'une Fédération Internationale de sport le prévoit, des tests seront effectués pour les bêta-bloquants.

**Résumé des règles du C.I.O. concernant les substances qui nécessitent une notification écrite de la part d'un médecin**

Substances	Interdites	Autorisées avec notification	Autorisées sans notification
Certains bêta-agonistes*)	– par voie orale – par injection systémique	– par inhalation	
Corticostéroïdes	– par voie orale – par injection systémique – par voie rectale		– par voie anale, auriculaire, dermatologique, nasale ophtalmologique et par inhalation – par injection locale et intra-articulaire***)
Anesthésiques locaux**)	– Injection systémique		– par injection locale et intra-articulaire***)

\*) Le salbutamol, le salmétérol, la terbutaline; tous les autres bêta-agonistes sont interdits.

\*\*) A l'exception de la cocaïne, qui est interdite.

\*\*\*) Lorsque le règlement de l'autorité responsable le prévoit, une notification pourra s'avérer nécessaire.

**Résumé des concentrations dans l'urine de substances précises qui doivent être communiquées par les laboratoires accrédités par le C.I.O.**

Caféine	> 12 microgrammes/millilitre
Carboxy-THC	> 15 nanogrammes/millilitre
Cathine	> 5 microgrammes/millilitre
Ephédrine	> 5 microgrammes/millilitre
Épitéstostérone	> 200 nanogrammes/millilitre
Méthyléphédrine	> 5 microgrammes/millilitre
Morphine	> 1 microgramme/millilitre
Phénylpropanolamine	> 10 microgrammes/millilitre
Pseudoéphédrine	> 10 microgrammes/millilitre
Rapport T/E	> 6

**Liste des exemples de substances interdites**

**Attention:** Il ne s'agit pas d'une liste exhaustive des substances interdites. De nombreuses substances qui ne sont pas répertoriées dans cette liste sont considérées comme interdites sous l'appellation «substances apparentées».

Il est vivement recommandé à tous les athlètes de n'absorber que des médicaments prescrits par un médecin et de s'assurer qu'ils ne contiennent que des substances qui ne sont interdites ne par la commission médicale du C.I.O. ne par les autorités responsables.

Lorsqu'un athlète doit subir un contrôle de dopage, tous les médicaments et produits pris ou administrés au cours des sept jours précédents devront être consignés dans le procès-verbal officiel de contrôle de dopage.

**Stimulants:**

amineptine, amfépramone, amiphenazole, amphétamine, bambutérol, bromantan, caféine, carphédone, cathine, cocaïne, cropropamide, crotétamide, éphédrine, étamivan, étilamphétamine, étiléfrine, fencamfamine, fénétylline, fenfluramine, formotérol,

heptaminol, méfénorex, méphentermine, mésocarbe, méthamphétamine, méthoxyphénamine, méthylènedioxyamphétamine, méthyléphédrine, méthylphénidate, nicéthamide, norfenfluramine, parahydroxyamphétamine, pémoline, pentétrazol, phendimétrazine, phentermine, phényléphrine, phénylpropanolamine, pholédrine, pipradol, prolintane, propylhexédrine, pseudoéphédrine, reprotérol, salbutamol, salmétérol, sélégiline, strychnine, terbutaline,

**Narcotiques:**

buprénorphine, dextromoramide, diamorphine (héroïne), hydrocodone, méthadone, morphine, pentazocine, péthidine,

**Agents anabolisants:**

androstènediol, androstènedione, bambutérol, boldénone, clenbutérol, clostébol, danazol, déhydrochlorméthyltestostérone, déhydroépiandrostérone (DHEA), dihydrotestostérone, drostanolone, fénotérol, fluoxymestérone, formébolone, formotérol, gestrinone, mestérolone, métandiénone, méténolone, méthandriol, méthyltestostérone, mibolérone, nandrolone, 19-norandrostènediol, 19-norandrostènedione, noréthandrolone, oxandrolone, oxymestérone, oxymétholone, reprotérol, salbutamol, salmétérol, stanozolol, terbutaline, testostérone, trenbolone,

## Diuretiques:

acétazolamide, acide étacrynique, bendrofluméthiazide, bumétanide, canrénone, chlortalidone, furosémide, hydrochlorothiazide, indapamide, mannitol, mersalyl, spironolactone, triamtérène,

## Agents masquants:

bromantan, diurétiques (cf. ci-dessus), épitestostérone, probénécide,

## Hormones peptidiques, substances mimétiques et analogues:

ACTH, érythropoïétine (EPO), hCG, hGH, insuline, LH,

## Bêta-bloquants:

acébutolol, alprénolol, aténolol, bétaxolol, bisoprolol, bunolol, labétalol, métoprolol, nadolol, oxprénolol, propranolol, sotalol.

## Anhang

## Bezugsliste der verbotenen pharmakologischen Gruppen von Dopingwirkstoffen und Dopingmethoden

- I. Gruppen verbotener Wirkstoffe
  - A. Stimulanzen
  - B. Narkotika
  - C. Anabole Wirkstoffe
  - D. Diuretika
  - E. Peptidhormone, Mimetika und entsprechende Wirkstoffe
- II. Verbotene Methoden
  - A. Blutdoping
  - B. Pharmakologische, chemische und physikalische Manipulation
- III. Gruppen von Wirkstoffen, die bestimmten Einschränkungen unterliegen
  - A. Alkohol
  - B. Cannabinoide
  - C. Lokalanästhetika
  - D. Kortikosteroide
  - E. Beta-Blocker

## I. Gruppen verbotener Wirkstoffe

Verbotene Wirkstoffe gehören folgenden Wirkstoffgruppen an:

- A. Stimulanzen
- B. Narkotika
- C. Anabole Wirkstoffe
- D. Diuretika
- E. Peptidhormone, Mimetika und entsprechende Wirkstoffe

Nicht angewendet werden dürfen alle zu den verbotenen Gruppen gehörenden Wirkstoffe, und zwar auch dann, wenn sie nicht als Beispiele aufgeführt sind. Aus diesem Grund wird der Begriff „und verwandte Wirkstoffe“ eingeführt. Dieser Begriff beschreibt Wirkstoffe, die wegen ihrer pharmakologischen Wirkung und/oder ihrer chemischen Struktur mit der Gruppe verwandt sind.

## A. Stimulanzen

Verbotene Wirkstoffe der Gruppe (A) schließen folgende Beispiele ein:

- Amineptin
- Amiphenazol
- Amphetamine
- Bromantan
- Carphedon
- Cocain
- Coffein\*)
- Ephedrine\*\*)

\*) Bei Coffein ist die Definition einer Positivprobe von der Coffeinkonzentration im Urin abhängig. Die Coffeinkonzentration im Urin darf 12 Mikrogramm/ml nicht übersteigen.

\*\*\*) Bei Ephedrin, Cathin und Methylephedrin ist die Definition einer Positivprobe 5 Mikrogramm/ml Urin. Bei Phenylpropanolamin und Pseudoephedrin ist die Definition einer Positivprobe 10 Mikrogramm/ml. Ist mehr als einer dieser Wirkstoffe vorhanden, so sind die Mengen zu addieren; die Probe gilt als positiv, wenn die Summe 10 Mikrogramm/ml übersteigt.

Fencamfamin

Mesocarb

Pentetrazol

Pipradol

Salbutamol\*\*\*\*)

Salmeterol\*\*\*\*)

Terbutalin\*\*\*\*)

und verwandte Wirkstoffe.

Anmerkung: Für die örtliche Anwendung sind alle Imidazol-Präparate, zum Beispiel Oxymetazolin, zulässig. Vasokonstringenzen (gefäßverengende Mittel), zum Beispiel Adrenalin, dürfen zusammen mit Lokalanästhetika verabreicht werden. Örtlich wirkende Phenylephrin-Präparate, zum Beispiel für Nase oder Augen, sind zugelassen.

## B. Narkotika

Verbotene Wirkstoffe der Gruppe (B) schließen folgende Beispiele ein:

- Buprenorphin
- Dextromoramid
- Diamorphin (Heroin)
- Methadon
- Morphin
- Pentazocin

\*\*\*\*) Die Anwendung durch Inhalation ist nur zur Vorbeugung und/oder Behandlung von Asthma und anstrengungsbedingtem Asthma zugelassen. Die schriftliche Mitteilung über das Asthma und/oder das anstrengungsbedingte Asthma durch einen Lungenspezialarzt oder Mannschaftsarzt bei der zuständigen medizinischen Behörde ist erforderlich.

Pethidin  
und verwandte Wirkstoffe.

Anmerkung: Codein, Dextromethorphan, Dextropropoxyphen, Dihydrocodein, Diphenoxylat, Ethylmorphin, Pholcodin, Propoxyphen und Tramadol sind zugelassen.

#### C. Anabole Wirkstoffe

Verbotene Wirkstoffe der Gruppe (C) schließen folgende Beispiele ein:

##### 1. Anabol-androgene Steroide

###### a. Clostebol

Fluoxymesteron

Metandienon

Metenolon

Nandrolon

19-Norandrostendiol

19-Norandrostendion

Oxandrolon

Stanozolol

und verwandte Wirkstoffe.

###### b. Androstendiol

Androstendion

Dehydroepiandrosteron (DHEA)

Dihydrotestosteron

Testosteron\*)

und verwandte Wirkstoffe.

Hinweise, die durch Stoffwechselfdaten und/oder Messungen des Isotopenverhältnisses erhalten wurden, können für die endgültige Entscheidung herangezogen werden.

##### 2. Beta-2 Agonisten

Bei oraler Verabreichung oder bei Verabreichung durch Injektion

Bambuterol

Clenbuterol

Fenoterol

Formoterol

Reproterol

Salbutamol\*\*)

Terbutalin\*\*)

und verwandte Wirkstoffe.

#### D. Diuretika

Verbotene Wirkstoffe der Gruppe (D) schließen folgende Beispiele ein:

Acetazolamid

Bumetanid

Chlortalidon

Etacrynsäure

Furosemid

Hydrochlorothiazid

Mannitol\*\*\*)

Mersalyl

Spirolacton

Triamteren

und verwandte Wirkstoffe.

#### E. Peptidhormone, Mimetika und entsprechende Wirkstoffe

Verbotene Wirkstoffe der Gruppe (E) schließen folgende Beispiele und ihre entsprechenden Wirkstoffe sowie Mimetika ein:

1. Choriogonadotropin (hCG);

2. Hypophysäre und synthetische Gonadotropine (LH);

3. Corticotropine (ACTH, Tetracosactid);

4. Wachstumshormon (hGH);

5. Somatomedin C (IGF-1);

und alle den genannten Stoffen entsprechenden Releasingfaktoren sowie analoge Faktoren;

6. Erythropoietin (EPO);

7. Insulin;

zugelassen nur zur Behandlung eines insulin-abhängigen Diabetes. Die schriftliche Mitteilung über den insulin-abhängigen Diabetes durch einen Endokrinologen oder Mannschaftsarzt ist erforderlich.

Weicht die Konzentration eines endogenen Hormons oder seiner diagnostischen Bestimmungsgröße(n) im Urin eines Teilnehmers beziehungsweise einer Teilnehmerin an einem Wettkampf von der Norm ab, so stellt dies einen Verstoß dar, es sei denn, es wurde schlüssig belegt, daß diese Konzentration ausschließlich auf einem physiologischen oder pathologischen Zustand beruht.

#### II. Verbotene Methoden

Folgende Verfahren sind verboten:

Blutdoping

Blutdoping ist die Verabreichung von Blut, roten Blutkörperchen, künstlichen Sauerstofftransportsubstanzen und verwandten Blutprodukten an einen Sportler oder eine Sportlerin.

Pharmakologische, chemische und physikalische Manipulation

Pharmakologische, chemische und physikalische Manipulation ist die Anwendung von Wirkstoffen und Methoden zur Veränderung, versuchten Veränderung oder zu erwartenden Veränderung der Integrität und Validität von in Dopingkontrollen verwendeten Proben. Hierunter fallen unter anderem die Verabreichung von Diuretika, die Katheterisierung, der Austausch und/oder die Veränderung von Proben, die Hemmung der Nierenausscheidung, etwa durch Probenecid und verwandte Verbindungen, sowie die Verfälschung von Meßergebnissen bei Testosteron- und Epitestosteronmessungen, etwa durch die Anwendung von Epitestosteron\*\*\*\*) oder die Verabreichung von Bromantan.

Es ist dabei unerheblich, ob die Anwendung verbotener Wirkstoffe oder Methoden zum Erfolg geführt hat oder fehlge-

\*) Ist das Verhältnis der Konzentration von Testosteron (T) zu Epitestosteron (E) im Urin eines Teilnehmers beziehungsweise einer Teilnehmerin an einem Wettkampf größer als sechs zu eins (6 : 1), so stellt dies einen Verstoß dar, es sei denn, dieses Verhältnis beruht nachweislich auf einem physiologischen oder pathologischen Zustand, zum Beispiel einer geringen Epitestosteronausscheidung, einem Androgene produzierenden Tumor oder Enzymmangel.

Ist das Verhältnis der Konzentration von Testosteron (T) zu Epitestosteron (E) größer als 6, so muß die zuständige medizinische Behörde eine Untersuchung durchführen, bevor die Probe für positiv erklärt wird. Ein umfassender Bericht ist zu erstellen, der eine Bewertung früherer Tests, nachfolgender Tests und aller Ergebnisse endokriner Untersuchungen enthält. Sind frühere Tests nicht verfügbar, soll der Sportler beziehungsweise die Sportlerin ohne Vorankündigung über einen Zeitraum von drei Monaten mindestens einmal pro Monat untersucht werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen in dem Bericht enthalten sein. Mangelnde Mitarbeit bei den Untersuchungen führt dazu, daß die Probe für positiv erklärt wird.

\*\*\*) Die Anwendung durch Inhalation ist zugelassen wie in Abschnitt I.A. beschrieben.

\*\*\*\*) Verabreichung durch intravenöse Injektion verboten.

\*\*\*\*\*) Eine Epitestosteronkonzentration im Urin von mehr als 200 Nanogramm/ml ist, wie in Abschnitt I.C.1.b. für Testosteron beschrieben, zu untersuchen.

schlagen ist. Für die Annahme eines Verstoßes ist es ausreichend, daß der genannte Wirkstoff beziehungsweise das genannte Verfahren angewendet oder der Versuch hierzu unternommen wurde.

III. Gruppen von Wirkstoffen, die bestimmten Einschränkungen unterliegen

A. Alkohol

Sofern es die Vorschriften einer zuständigen Behörde vorsehen, werden Ethanoltests durchgeführt.

B. Cannabinoide

Sofern es die Vorschriften einer zuständigen Behörde vorsehen, werden Cannabinoid-Tests (zum Beispiel Marihuana, Haschisch) durchgeführt. Bei den Olympischen Spielen werden Cannabinoid-Tests durchgeführt. Eine Konzentration von 11-Nor-Delta-9-Tetrahydrocannabinol-9-Carbonsäure (Carboxy-THC) im Urin von mehr als 15 Nanogramm/ml ist verboten.

C. Lokalanästhetika

Injizierbare Lokalanästhetika sind unter folgenden Voraussetzungen zugelassen:

- a) Bei Anwendung unter anderem von Bupivacain, Lidocain, Mepivacain, Procain, nicht jedoch von Cocain.  
Vasokonstriktorische (gefäßverengende) Mittel, zum Beispiel Adrenalin, dürfen in Verbindung mit Lokalanästhetika angewendet werden.
- b) Verabreichung nur durch lokale oder intraartikuläre Injektion.
- c) Verabreichung nur bei medizinischer Indikation.

Sofern es die Vorschriften einer zuständigen Behörde vorsehen, kann eine Mitteilung über die Verabreichung erforderlich sein.

D. Kortikosteroide

Die systemische Anwendung von Kortikosteroiden ist verboten.

Die Verabreichung an After, Augen, Haut, Nase und Ohren sowie durch Inhalation (nicht jedoch die rektale Verabreichung) sind zugelassen. Intraartikuläre und lokale Injektionen von Kortikosteroiden sind erlaubt.

Sofern es die Vorschriften einer zuständigen Behörde vorsehen, kann eine Mitteilung über die Verabreichung erforderlich sein.

E. Beta-Blocker

Einige Beispiele von Beta-Blockern sind:

Acebutolol

Alprenolol

Atenolol

Labetalol

Metoprolol

Nadolol

Oxprenolol

Propranolol

Sotalol

und verwandte Wirkstoffe.

Sofern es die Regeln eines Internationalen Sportfachverbandes vorsehen, werden Beta-Blocker-Tests durchgeführt.

### Zusammenfassung der IOC-Regeln für Wirkstoffe, deren Anwendung ein Arzt schriftlich mitzuteilen hat

Wirkstoffe	Verbotene Anwendungen	Zugelassen mit Mitteilungspflicht	Zugelassen ohne Mitteilungspflicht
Ausgewählte Beta-Agonisten*)	– oral – durch systemische Injektion	– durch Inhalation	
Kortikosteroide	– oral – durch systemische Injektion – rektal		– Verabreichung an After, Augen, Haut, Nase, Ohren und durch Inhalation – durch lokale und intraartikuläre Injektion
Lokal-anästhetika**)	– durch systemische Injektion		– durch lokale und intraartikuläre Injektion***)

\*) Salbutamol, Salmeterol, Terbutalin; alle anderen Beta-Agonisten sind verboten.

\*\*\*) Außer Cocain, das verboten ist.

\*\*\*\*) Sofern es die Vorschriften der zuständigen Behörde vorsehen, kann eine Mitteilung erforderlich sein.

### Grenzwerte für die Konzentration bestimmter Wirkstoffe im Urin, bei deren Überschreitung vom IOC akkreditierte Labors zur Meldung verpflichtet sind

Carboxy-THC	> 15 Nanogramm/ml
Cathin	> 5 Mikrogramm/ml
Coffein	> 12 Mikrogramm/ml
Ephedrin	> 5 Mikrogramm/ml
Epitestosteron	> 200 Nanogramm/ml
Methylephedrin	> 5 Mikrogramm/ml
Morphin	> 1 Mikrogramm/ml
Phenylpropanolamin	> 10 Mikrogramm/ml
Pseudoephedrin	> 10 Mikrogramm/ml
Verhältnis der Konzentration von Testosteron zu Epitestosteron	> 6

### Liste von Beispielen verbotener Wirkstoffe

**Hinweis:** Dies ist keine erschöpfende Liste verbotener Wirkstoffe. Viele Wirkstoffe, die nicht in dieser Liste erscheinen, sind aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu den „verwandten Wirkstoffen“ als verboten anzusehen.

Es wird allen Sportlern und Sportlerinnen dringend nahegelegt, nur Medikamente einzunehmen, die von einem Arzt verschrieben worden sind, und dafür zu sorgen, daß sie nur Wirkstoffe enthalten, die nicht durch die Medizinische Kommission des IOC oder die zuständigen Behörden verboten wurden.

Muß sich ein Sportler oder eine Sportlerin einer Dopingkontrolle unterziehen, so sollen alle während der vorangegangenen sieben Tage eingenommenen oder verabreichten Medikamente und Wirkstoffe im amtlichen Dopingkontrollprotokoll angegeben werden.

#### Stimulanzien:

Amineptin, Amfepramon, Amiphenazol, Amphetamin, Bambuterol, Bromantan, Carphedon, Cathin, Cocain, Coffein, Cropropamid, Crothetamid, Ephedrin, Etamivan, Etilamphetamin, Etilefrin, Fencamfamin, Fenetylillin, Fenfluramin, Formoterol, Heptaminol,

Mefenorex, Mephentermin, Mesocarb, Methamphetamin, Methoxyphenamin, Methylendioxyamphetamin, Methylephedrin, Methylphenidat, Nicethamid, Norfenfluramin, Parahydroxyamphetamin, Pemolin, Pentetrazol, Phendimetrazin, Phentermin, Phenylephrin, Phenylpropanolamin, Pholedrin, Pipradol, Prolintan, Propylhexedrin, Pseudoephedrin, Reproterol, Salbutamol, Salmeterol, Selegilin, Strychnin, Terbutalin.

#### Narkotika:

Buprenorphin, Dextromoramid, Diamorphin (Heroin), Hydrocodon, Methadon, Morphin, Pentazocin, Pethidin.

#### Anabole Wirkstoffe:

Androstendiol, Androstendion, Bambuterol, Boldenon, Clenbuterol, Clostebol, Danazol, Dehydrochlormethyltestosteron, Dehydroepiandrosteron (DHEA), Dihydrotestosteron, Drostanolon, Fenoterol, Fluoxymesteron, Formebolon, Formoterol, Gestrinon, Mesterolol, Metandienon, Metenolon, Methandriol, Methyltestosteron, Miboleron, Nandrolon, 19-Norandrostendiol, 19-Norandrostendion, Norethandrolon, Oxandrolon, Oxymesteron, Oxymetholon, Reproterol, Salbutamol, Salmeterol, Stanazolol, Terbutalin, Testosteron, Trenbolon.

Diuretika:

Acetazolamid, Bendroflumethiazid, Bumetanid, Canrenon, Chlortalidon, Etacrynsäure, Furosemid, Hydrochlorothiazid, Indapamid, Mannitol, Mersalyl, Spironolacton, Triamteren.

Maskierungsmittel:

Bromantan, Diuretika (siehe oben), Epitestosteron, Probenecid.

Peptidhormone, Mimetika und analoge Wirkstoffe:

ACTH, Erythropoietin (EPO), hCG, hGH, Insulin, LH.

Beta-Blocker:

Acebutolol, Alprenolol, Atenolol, Betaxolol, Bisoprolol, Bunolol, Labetalol, Metoprolol, Nadolol, Oxprenolol, Propranolol, Sotalol.

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen**

**Vom 26. April 1999**

I.

Das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Algerien	am 5. November 1995
nach Maßgabe einer Erklärung nach Artikel 12 Abs. 2, daß Algerien sich durch Artikel 12 Abs. 1 des Übereinkommens nicht als gebunden betrachtet	
Kasachstan	am 4. Mai 1995.

Die Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden wurden wie folgt hinterlegt: Algerien am 6. Oktober 1995 in Moskau und am 13. Dezember 1995 in Washington; Kasachstan am 4. April 1995 in Moskau.

II.

Bulgarien hat dem Verwahrer in London am 4. September 1994, in Moskau am 18. Mai 1994 und in Washington am 9. Mai 1994 die Rücknahme seines bei Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalts zu Artikel 12 Abs. 1 des Übereinkommens notifiziert.

III.

Die Slowakei hat dem Verwahrer in Washington am 13. Dezember 1995 ihre Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen

mit Wirkung vom 1. Januar 1993

notifiziert.

IV.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat dem Verwahrer in Washington am 7. Januar 1998 ihre Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen mit Wirkung vom 17. November 1991

notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 8. August 1975 (BGBl. II S. 1204) und vom 24. Februar 1999 (BGBl. II S. 292).

Bonn, den 26. April 1999

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hilger

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn  
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1998 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,40 DM (5,60 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

## **Bekanntmachung über eine Berichtigung der authentischen deutschen Fassung des Vertrags von Amsterdam vom 2. Oktober 1997**

**Vom 28. April 1999**

Nach einem Berichtigungsprotokoll des Verwahrers des Vertrags, der Regierung der Italienischen Republik, vom 16. März 1999 ist der Wortlaut der authentischen deutschen Fassung des Vertrags von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte (BGBl. 1998 II S. 386) wie folgt berichtigt worden:

„...“

Artikel 2, Nummer 28 (Artikel 129c Absatz 1 Unterabsatz 1 dritter Gedankenstrich erster Halbsatz des EG-Vertrags)

Statt: „– sie kann von den Mitgliedstaaten ganz oder teilweise unterstützte Vorhaben von gemeinsamem Interesse ... unterstützen;“

muß es heißen: „– sie kann von den Mitgliedstaaten unterstützte Vorhaben von gemeinsamem Interesse ... unterstützen;“.

Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, wie sie der Schlußakte des Vertrags von Amsterdam beigefügt ist

Artikel 110 (ex-Artikel 108a) Absatz 2 Unterabsatz 4

Statt: „Die Artikel 253 bis 256 des Vertrags gelten für ...“

muß es heißen: „Die Artikel 253, 254 und 256 des Vertrags gelten für ...“.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. April 1999 (BGBl. II S. 296).

Bonn, den 28. April 1999

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hilger